



SACHBERICHT



KAS EUROPABÜRO BRÜSSEL

« Le programme de Stockholm et le citoyen européen – bilan et perspectives pour sa mise en œuvre »

Luncheon-Roundtable mit EU-Kommissar Jacques Barrot, 13. Januar, Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung

Im Rahmen eines Luncheon-Roundtables stellte Jacques Barrot, scheidender Eu-Kommissar für Justiz und Inneres, die Prioritäten des Stockholmer Programms, insbesondere mit Hinblick der Schaffung eines „Europas der Bürger“ vor.

In seiner Begrüßung verwies der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, MdEP Dr. Hans-Gert Pöttering auf die Notwendigkeit konkreter Programme zur Verwirklichung der europäischen Integration. In diesem Kontext würdigte er Barrots Beitrag zur Umsetzung der europäischen Idee.

Barrot bezeichnete das Stockholmer Programm als ehrgeizig und strich gleichzeitig die Bedeutung des Lissabon-Vertrags für die Schaffung eines europäischen Raums des Rechts heraus. Die Auflösung der „3.Säule“ sowie die Einführung der qualifizierten Mehrheit seien dafür von großer Bedeutung, da sie der Kommission nun Raum gäben, ein umfassendes Programm zu erarbeiten. Zudem könnten bei Verstößen gegen Richtlinien oder ihrer Umsetzung die Mitgliedstaaten nun vor dem Europäischen Gerichtshof belangt werden.

Das Stockholmer Programm sei ehrgeizig, gleichwohl räumte Barrot ein, dass die letztlich vom Rat beschlossene Fassung etwas lang geworden sei. In dem Dokument seien aber rund 170 konkrete Vorschläge enthalten. Ein besonderer Schwerpunkt des Dokuments sei die Fortbildung für Richter und Polizisten, die für die Schaffung eines europäischen Raumes des Rechts essentiell sei. Zudem forderte Barrot, das Monitoring der nationalen Rechtssysteme zu verstärken. Im Folgenden ging der Kommissar auf die Schwerpunkte des Stockholmer Programms ein:

Barrot betonte, dass die Durchsetzung der Freizügigkeit weiter vorangetrieben werde. Den Bedenken einiger Mitgliedstaaten, dass dieses Recht missbraucht würde, habe man bereits mit einigen Richtlinien Rechnung getragen. Zudem stellte Barrot zahlreiche Elemente heraus, die das Europa der Bürger stärken sollen: Dazu gehöre zum einen der Kampf gegen jegliche Form der Diskriminierung und der Schutz von Kindern und Opfern von Kriminalität. Ein weiterer Hauptaspekt sei das Thema Datenschutz. Barrot bezeichnete den Schutz der Privatsphäre als Grundelement der Europäischen Bürgerschaft. Darüber hinaus setzte er sich auf für die Schaffung eines EU-weiten konsularischen Schutzes für EU-Bürger ein.

Entscheidend für einen europäischen Raum des Rechts sei aber die Stärkung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung. Dafür müsse gegenseitiges Vertrauen entstehen, was vor allem durch eine Intensivierung und Ausweitung der Fortbildungen geschehen könne. Am schwierigsten seien laut Barrot Fortschritte im Strafrecht, da es sich um einen für die Mitgliedstaaten sehr sensiblen Bereich handle. Hier gebe es zudem nicht nur ein unterschiedliches Strafmaß, sondern mitunter (wie bei Fälschung) divergierende Definitionen des Straftatbestands. In diesem Kontext setzte sich Barrot für die Schaffung eines europäischen Staatsanwalts ein. Zudem müsse in Europa eine umfassende Reform der Strafjustiz erfolgen: Überfüllte Gefängnisse seien ein großes Übel und zudem in vielen Fällen zu wahren Ausbildungsstätte für Kriminelle geworden.

Im Familienrecht sei geplant, eine Stärkung der gegenseitigen Anerkennung bei Scheidungen und Trennungen erreichen. Ein weiteres Ziel sei es, ein europäisches Vertragsregime zu kreieren, wenn auch der Vorschlag eines eigenen europäischen Vertragsrechts abgelehnt worden war.

Ferner ging Kommissar Barrot auch auf die Interne Sicherheitsstrategie (ISS) ein, die auf drei Säulen aufgebaut sei: polizeiliche, justizielle und strafrechtliche Kooperation. Die EU müsse dazu ein europäisches Informationssystem kreieren. Er wies auf die nun deutlich gestärkte Rolle von Europol hin, das bei der Umsetzung der ISS eine zentrale Rolle einnehmen würde. Verstärkt werden müsse auch der Kampf gegen Cyber-Kriminalität und den Drogenhandel.

In Bezug auf Einwanderungs- und Asylfragen äußerte Barrot die Hoffnung, dass die Entscheidung bei Asylanträgen in Zukunft personalisierter und weniger nach geographischen Kriterien getroffen werden würden. Hoffnungen knüpfte er auch an das Ziel, bis 2012 über ein europäisches Asylsystem zu verfügen. Um des gestiegenen Migrationsdrucks auf die südlichen Mitgliedstaaten Herr zu werden, müsse zudem die Partnerschaft mit wichtigen Transitländern sowie mit den Heimatländern verstärkt werden. Abschließend unterstrich Barrot auch die Verpflichtung der EU-Beitrittskandidaten, ihr Justizsystem umfassenden Reformen zu unterziehen. Die Kommission habe im Falle Kroatiens gerade in diesem Bereich mit Nachdruck Reformen gefordert und gefördert.

Erfreut zeigte sich Barrot, dass der Rat dem Vorschlag zustimmte, die Parlamentswahlen an einem Tag zu halten.

In der Diskussion unterstrich Barrot, dass die Schaffung eines Europas des Asyls eine der wichtigsten Herausforderungen für die nächsten Jahre sei. Im Strafrecht sollte die Integration vor allem bei der Umweltgesetzgebung voranschreiten. Kommissar Barrot zeigte sich auch zuversichtlich, dass die Grundrechtecharta bald auch in allen 27 Mitgliedstaaten verbindlich sein werde. Der Druck der öffentlichen Meinung auf die Regierungen der drei Staaten, in denen sie noch nicht gilt, werde sich in Zukunft verstärken.

Olaf Wientzek